

## Womit keiner rechnet



# Während der Bund beim Sozialstaat sparen will, zahlt eine bayerische Kleinstadt ihren ärmsten Bürgern ein Weihnachtsgeld – und das mit dem Segen der CSU

Einmal im Jahr leistet es sich Mery Teshome, mit ihren Kindern in ein chinesisches Restaurant zu gehen. Dort gibt es ein Buffet mit gebackener Banane, gebratenen Nudeln und Pekingsuppe. Die Kinder, sagt Teshome, freuen sich schon das ganze Jahr darauf. Sie arbeitet 30 Stunden in der Woche als Küchenhilfe in einem Gasthaus, ist alleinerziehend mit ihren beiden Töchtern. Das Geld ist knapp, Restaurantbesuche sind meist nicht drin. Doch Teshome wohnt in Burghausen, und dort gibt es etwas, das es im Rest der Republik in der Regel nicht mehr gibt: ein staatliches Weihnachtsgeld für bedürftige Menschen.

950 Menschen erhalten es, also in etwa jeder 20. Bewohner der Stadt. Teshome ist eine davon. »Ohne das Geld würde es auch funktionieren«, sagt sie. Das ist ihr wichtig. Aber die Weihnachtsbeihilfe ist für sie eine Möglichkeit, ihren Kindern Geschenke zu machen – damit sie sich zugehörig fühlen. »Die Kinder brauchen Weihnachten«, sagt Teshome. Weihnachten, das sind neue Pyjamas und dicke Socken, kleine und größere Geschenke. Vielleicht unternehmen sie in den Winterferien auch mal etwas mit Freunden. Weihnachten ist teuer.

Während der Bund über Kürzungen beim Sozialstaat streitet, ist in Burghausen die Weihnachtsbeihilfe nicht verhandelbar, nicht einmal für die CSU, deren Parteichef Markus Söder keine Gelegenheit auslässt, auf das Bürgergeld zu schimpfen. Die Stadt in Oberbayern, direkt an der österreichischen Grenze gelegen, gehört zu den wenigen deutschen Gemeinden, die ihre armen Bürger an Weihnachten finanziell besonders unterstützen. Wer Sozialleistungen wie Bürgergeld, Grundsicherung im Alter und Kinderzuschlag bezieht oder Wohngeld bekommt und Kinder hat, erhält 140 Euro. Kinder bekommen 110 Euro, Bewohner von Pflege- und Wohnheimen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, 100 Euro.

An Weihnachten zu helfen, hat in Burghausen Tradition. Im Stadtpark holt der Erste Bürgermeister Florian Schneider (SPD) ein Stück Papier aus dem Mantel: Die Lokalzeitung berichtete schon 1966 von einem Vorhaben der Kommune, Bürgern mit geringem Einkommen »eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten«. Die Weihnachtsbeihilfe in ihrer heutigen Form beschloss die Stadt dann 2005, zur Einführung der Hartz-Gesetze. Der

Bundesregierung war der Sozialstaat zu teuer geworden, sie wollte sparen und schaffte den weihnachtlichen Zuschuss für Sozialleistungsempfänger gleich mit ab. Die Stadt Burghausen sprang ein, um Bedürftigen weiter Geld an Weihnachten auszuspenden. 110.000 Euro wird das die Gemeinde in diesem Jahr voraussichtlich kosten.

Lange wäre diese Summe im Haushalt kaum aufgefallen. Burghausen ist zwar eine Kleinstadt, dafür aber Chemiestadt. Hier entstehen Treibstoffe für Jets und Silizium für Chips. Das sorgt für sprudelnde Steuereinnahmen. Sorge. Denn die Chemieindustrie strauchelt. Die Gewerbesteuer-einnahmen der Stadt sind um 75 Prozent eingebrochen. »Wir müssen auf den Prüfstand stellen, was wirklich nötige Ausgaben sind, worauf wir uns konzentrieren müssen«, sagt Bürgermeister Schneider.

Die Stadt braucht ihre Rücklagen fast völlig auf, macht inzwischen Schulden. Der Stadtrat musste sich dieses Jahr schon mehrfach festlegen: Wer bekommt weniger Geld? Braucht der Kindergarten wirklich eine neue Küche? Müssen die Geländer an einer alten Brücke saniert werden? Nur bei der

Weihnachtsbeihilfe sind sich alle einig, dass sie bleiben soll. In den Protokollen der Stadtratssitzungen wird sie gar nicht erwähnt. Warum?

Anruf beim Vorsitzenden der CSU Burghausen, dem Stadtrat Bernhard Harrer. »Es herrscht Einigkeit darüber, dass man sparen muss«, sagt er. »Aber da werden wir sicher nicht ganz unten anfangen.« Das klingt bei seinen Parteifreunden im Bund anders, Markus Söder spricht von »großen Einsparpotenzialen« bei den Sozialleistungen. Aber für die CSU Burghausen ist die Weihnachtsbeihilfe unantastbar. Die Stadt ist klein, man kennt sich. Harrer sagt: »Hier können wir sicher sein, dass kein Sozialmissbrauch stattfindet.«

Und diese Einigkeit hält sogar im Wahlkampf: Im März 2026 findet die Kommunalwahl statt. Union und SPD beteuern beide, dass freiwillige Sozialleistungen nicht gestrichen werden. »Ich kann ihre Höhe nicht auf ewig garantieren«, sagt Bürgermeister Schneider zwar. Er verspricht aber, dass es die Weihnachtsbeihilfe immer in einer Ausprägung geben werde. Noch also geht es zumindest in Burghausen nicht um die Frage, ob man sich den Sozialstaat noch leisten kann.

Illustration: Anna Grawert/ZEITUNG ONLINE

KOMMENTAR

## Leider nur gedopt

Nächstes Jahr kommt der Aufschwung, sagen Konjunkturforscher. Das stimmt vielleicht sogar. Doch er hätte wenig mit Stärke zu tun – sondern viel mit einem Aufputzmittel der Regierung

Seit drei Jahren steht in jedem Konjunkturgutachten: Ja, die wirtschaftliche Lage ist mies, aber nächstes Jahr wird es besser, dann beginnt der Aufschwung. So hieß es schon 2023 und 2024. Nur gestimmt hat es nie, Deutschlands Wirtschaft schrumpfte weiter. Das Einzige, was wuchs, war die Zahl der Arbeitslosen und der Pleiten. Inzwischen sind so viele Menschen ohne Job wie zuletzt am Ende der Eurokrise, im Jahr 2013.

Und nun? Sagen die Konjunkturforscher wieder voraus, dass es im nächsten Jahr besser werden soll. Diesmal wirklich! Um 0,8 bis 1,3 Prozent wird die deutsche Wirtschaft wachsen, glauben die Experten verschiedener Institute. Das mag nach wenig klingen, wäre aber ein Fortschritt. Schließlich tritt die deutsche Wirtschaft seit 2019 faktisch auf der Stelle, das Bruttoinlandsprodukt liegt heute nicht höher als damals (nach Abzug der Inflation). Eine so lange Zeit des Stillstands gab es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Insofern wäre ein kleines Plus ein Erfolg.

Es ist auch gut möglich, dass es diesmal gelingt (wenn nicht wieder etwas Unvorhersehbares wie Trumps Zollhammer dazwischenkommt). Nur hat der erwartete Aufschwung einen gravierenden Schönheitsfehler: Er kommt vor allem deshalb zustande, weil die Bundesregierung massiv Schulden aufnimmt. Es ist ein Aufschwung auf Pump, der mehr mit Doping zu tun hat als mit echter Leistungskraft. Und das hilft nicht wirklich weiter.

Zwar wirkt das viele Geld, das die Regierung in die Wirtschaft pumpen will, kurzfristig wie ein Aufputzmittel. Aber wirklich stärker und leistungsfähiger macht es die Unternehmen nicht – denn es fehlt an Reformen. Auch das steht in den Konjunkturgutachten. Am Ende sitzt der Staat also womöglich auf Hunderten Milliarden

Euro neuer Schulden, ohne dass sich viel verbessert hätte.

Besonders beunruhigend ist eine Zahl, die das ifo Institut ermittelt hat: Aus eigener Kraft, also ohne Doping oder andere Sondereffekte, bewegt sich die deutsche Wirtschaft bis 2030 auf eine kümmerliche jährliche Wachstumsrate von 0,1 Prozent zu. Mehr schafft sie nicht. Das ist von Stillstand kaum zu unterscheiden.

Die von der Bundesregierung bisher beschlossenen Weichenstellungen reichen demnach nicht aus, um Deutschlands Schwächen auszugleichen. Als da wären: hohe Steuern, hohe Lohnkosten, hohe Sozialabgaben, hohe Energiepreise, viel Bürokratie, wenig innovative Unternehmen und wenig junge Arbeitskräfte, um nur ein paar Probleme zu nennen. Die hohen Zölle in den USA und die gewachsene Konkurrenz aus China kommen noch hinzu.

Zwar will die schwarz-rote Koalition die marode Infrastruktur erneuern und Bürokratie abbauen. Aber das muss erst noch umgesetzt werden. Viele Großreformen hat die Regierung außerdem in Kommissionen ausgelagert und vertagt. Nachdrückliche Änderungen am Sozialsystem etwa, die verhindern, dass die Kosten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber immer weiter steigen. Über diese schwierigen Themen soll nächstes Jahr weiter diskutiert und dann etwas beschlossen werden. Also in der Zeit, in der womöglich der Aufschwung einsetzt. Wenn die Medien über Wachstum, wirtschaftliche Erholung und neue Jobs berichten. Die Bereitschaft zu unangenehmen Reformen, an der es heute schon mangelt, wird dann erst recht fehlen.

Ist das Taktik? Oder Zufall? Bürger und Politiker sollten sich von diesem geborgenen Aufschwung nicht blenden lassen. Sonst sieht es schlecht aus für Deutschlands Zukunft.

KOLJA RUDZIO

ANZEIGE

35 THIRTY FIVE UP

## Der unsichtbare Käufer

Relevant bleiben im Zeitalter KI-gesteuerter Einkaufsagenten

Der digitale Handel steht vor einer grundlegenden Verschiebung. Mit dem Einzug KI-basierter Einkaufsagenten verändert sich nicht nur, wie Konsumenten einkaufen, sondern auch, wer im Kaufprozess die entscheidenden Entscheidungen trifft. Algorithmen vergleichen Preise, prüfen Kompatibilitäten, bewerten Zusatzleistungen – und treffen in Sekunden, wofür Menschen bislang Zeit, Aufmerksamkeit und Recherche aufbringen mussten.

**Für Händler und Marken stellt sich damit eine neue, zentrale Frage: Wie bleibt man relevant, wenn Kaufentscheidungen zunehmend von Maschinen vorbereitet oder sogar autonom getroffen werden?**

**Vom Schaufenster zur Schnittstelle**

Klassischer E-Commerce war lange visuell geprägt: Produktbilder, Texte, Bewertungen. KI-Agenten hingegen interessieren sich weniger für Inszenierung als für Struktur. Sie bewerten Angebote anhand von Datenpunkten – Verfügbarkeit, Zusatznutzen, Serviceleistungen, Kompatibilität. Produkte stehen nicht mehr isoliert im Mittelpunkt, sondern werden Teil eines Systems aus Zusatzangeboten und Services.



„Wir erleben gerade einen Perspektivwechsel im Handel. Nicht mehr die Präsentation entscheidet allein, sondern die Frage, wie gut ein Angebot in einen automatisierten Entscheidungsprozess passt.“

Klaus Wegener, CEO & Mitgründer von 35up

Damit verschiebt sich der Wettbewerb. Nicht mehr nur das Hauptprodukt entscheidet, sondern das Gesamtangebot rund um den Kaufmoment.

**Relevanz entsteht im Kontext**

Im Zentrum dieser Entwicklung steht der Checkout – jener Punkt, an dem sich entscheidet, ob ein Angebot für Mensch und Maschine sinnvoll ist. Zubehör, Garantien, Versicherungen oder digitale Services werden hier nicht länger als Zusatz, sondern als integraler Bestandteil des Angebots bewertet.

Technologien wie automatisiertes Add-On-Matching sorgen dafür, dass genau diese Zusatzleistungen kontextuell, datenbasiert und ohne manuellen Aufwand eingebunden werden können. Für Händler bedeutet das: Relevanz entsteht nicht durch mehr Produkte, sondern durch bessere Zusammenhänge.

**Infrastruktur statt Inszenierung**

Mit der zunehmenden Automatisierung des Einkaufens rückt eine neue Ebene in den Fokus: die technologische Infrastruktur hinter dem Shop. Wer künftig von KI-Agenten berücksichtigt werden will, muss Angebote so strukturieren, dass sie maschinenlesbar, vergleichbar und sinnvoll kombinierbar sind.

„KI-Agenten stellen keine emotionalen Fragen, sondern logische“, so Wegener. „Sie entscheiden danach, welches Angebot vollständig, konsistent und anschlussfähig ist. Genau hier wird Infrastruktur zum entscheidenden Faktor.“

Hier entstehen neue Standards im Handel – jenseits von Marketingkampagnen oder kurzfristigen Conversion-Optimierungen. Entscheidend wird, ob ein Shop Teil eines intelligenten Ökosystems ist, das Zusatznutzen automatisch bereitstellt und laufend optimiert.

**Eine Frage der Zukunftsfähigkeit**

KI-gestützte Einkaufsprozesse sind kein Zukunftsszenario, sondern bereits Realität. Sie versprechen Effizienz für Konsumenten – und stellen Händler vor die Aufgabe, ihre Rolle neu zu definieren. Relevanz entsteht dort, wo Technologie nicht ersetzt, sondern ergänzt: durch intelligente Systeme, die Mehrwert sichtbar machen, ohne Komplexität zu erhöhen.

Wer heute beginnt, seine Angebote entsprechend auszurichten, schafft die Grundlage dafür, auch morgen noch Teil der Kaufentscheidung zu sein – egal, ob diese von Menschen oder Maschinen getroffen wird.

Impressum:  
35up GmbH  
Adalbertstr. 8  
10999 Berlin  
www.35up.com



Mehr zum Thema  
E-Commerce im  
35up-Podcast